

Ansprache Papst Leo - Neujahrsempfang 09.01.2026

<https://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/speeches/2026/january/documents/20260109-corpo-diplomatico.html>

Papst Leo XIV. hat beim Neujahrsempfang 09.01.2026 u.a. die Meinungs- und Gewissensfreiheit eingefordert, und von orwellianischen Zuständen in der Kommunikation gesprochen. Er hat sich gegen Kriege und für das Gewaltverbot im Völkerrecht ausgesprochen. Nachfolgend ist der gesamte Text wiedergegeben, wobei **die eben erwähnten Themen gelb** hervorgehoben sind.

ANSPRACHE VON PAPST LEO XIV. BEIM NEUJAHRSEMPFANG FÜR DIE MITGLIEDER DES AM HEILIGEN STUHL AKKREDITIERTEN DIPLOMATISCHEN KORPS

*Segnungsaula
Freitag, 9. Januar 2026*

[[Multimedia](#)]

*Exzellenzen,
verehrte Mitglieder des Diplomatischen Korps,
meine Damen und Herren,*

zunächst danke ich Seiner Exzellenz, dem Botschafter George Poulides, dem Dekan des Diplomatischen Korps, für die freundlichen und wertschätzenden Worte, die er in Ihrer aller Namen an mich gerichtet hat, und heiße Sie zu dieser Zusammenkunft willkommen, bei der wir zu Beginn des neuen Jahres unsere guten Wünsche austauschen.

Es handelt sich um einen traditionellen Anlass im Leben des beim Heiligen Stuhl akkreditierten Diplomatischen Korps, der für mich jedoch eine Neuheit darstellt, der ich vor wenigen Monaten berufen wurde, die Herde Christi zu weiden. Ich freue mich daher, Sie heute Morgen begrüßen zu dürfen, und bin dankbar für Ihre zahlreiche Teilnahme, die sich in diesem Jahr durch die Anwesenheit der neuen residierenden Leiter der diplomatischen Vertretungen von Kasachstan, Burundi und Weißrussland erweitert hat. Ich danke den jeweiligen Regierungen für ihre Entscheidung, diplomatische Vertretungen beim Heiligen Stuhl in Rom zu eröffnen, die ein konkretes Zeichen der guten und fruchtbaren bilateralen Beziehungen sind. Durch Sie alle, sehr geehrte Botschafter und Botschafterinnen, möchte ich Ihren Ländern meine besten Wünsche übermitteln und mit Ihnen auf unsere Zeit blicken, die von einer wachsenden Zahl von Spannungen und Konflikten geplagt wird.

Das gerade zu Ende gegangene Jahr war reich an Ereignissen, angefangen mit denen, die das Leben der Kirche unmittelbar betrafen. Sie hat ein intensives Heiliges Jahr erlebt wie auch die Heimkehr meines verehrten Vorgängers, Papst Franziskus, in das Haus des himmlischen Vaters. Die ganze Welt hat sich am Tag der Beisetzung um seinen Sarg versammelt und den Verlust eines Vaters gespürt, der das Volk Gottes mit tiefer pastoraler Liebe geführt hat.

Vor wenigen Tagen haben wir die letzte Heilige Pforte geschlossen, jene des Petersdoms, die eben Papst Franziskus in der Heiligen Nacht 2024 geöffnet hatte. Im Laufe des Heiligen Jahres strömten Millionen von Pilgern nach Rom, um die Heilig-Jahr-Wallfahrt zu unternehmen. Jeder kam mit seinen eigenen Erfahrungen, Fragen und Freuden, wie auch mit Schmerzen und Wunden, um die Heiligen Pforten zu durchschreiten, die ein Symbol für Christus sind, unseren himmlischen Arzt, der durch sein Kommen in unser Fleisch unsere Menschenwesen angenommen hat, um uns Anteil an seinem göttlichen Leben zu schenken. Dieses Geheimnis haben wir erst vor kurzem bei der Feier des Weihnachtsfestes betrachtet. Ich vertraue darauf, dass viele Menschen durch dieses Durchschreiten ihre Beziehung zu Jesus, dem Herrn, vertiefen oder wiederentdecken konnten und so Trost und neue Hoffnung gefunden haben, um die Herausforderungen des Lebens anzugehen.

An dieser Stelle möchte ich den Römern meinen besonderen Dank aussprechen, die mit großer Geduld und Gastfreundschaft die zahlreichen Pilger und Touristen in Empfang genommen haben, die aus aller Welt in die Stadt gekommen sind. In besonderer Weise möchte ich der italienischen Regierung, der Stadtverwaltung und den Sicherheitskräften meine Wertschätzung zum Ausdruck bringen, die sich mit Eifer und großer Sorgfalt dafür eingesetzt haben, dass Rom alle Besucher aufnehmen konnte und dass die Ereignisse des Heiligen Jahres wie jene im Anschluss an den Tod von Papst Franziskus ruhig und sicher verlaufen konnten.

Der Heilige Stuhl und Italien sind nicht nur geographisch nahe, sondern teilen vor allem eine lange Geschichte des Glaubens und der Kultur, die die Kirche an diese herrliche Halbinsel und ihr Volk bindet. Dies bezeugen auch die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen, die in diesem Jahr durch das Inkrafttreten der Änderungen des *Abkommens über die Seelsorge in den Streitkräften* bekräftigt wurden, wodurch eine wirksamere seelsorgliche Begleitung der Frauen und Männer ermöglicht wird, die in den Streitkräften innerhalb Italiens sowie in den zahlreichen Auslandseinsätzen dienen; ebenso wie die Unterzeichnung des *Abkommens über eine Agrar-Photovoltaikanlage in Santa Maria di Galeria*, die die Versorgung der Vatikanstadt mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen ermöglichen wird und somit das gemeinsame Engagement für die Schöpfung bekräftigt. Ich bin auch für die Besuche dankbar, die mir die hochrangige Vertreter der Regierung zu Beginn meines Pontifikats abgestattet haben, sowie für die vorzügliche Gastfreundschaft, die mir der Präsident der Republik im Quirinalspalast entgegengebracht hat, dem ich meinen herzlichen und dankbaren Gruß übermitteln möchte.

Im Laufe des Jahres hatte ich die Freude, die einst an Papst Franziskus ergangene Einladung anzunehmen und die Türkei sowie den Libanon zu besuchen. Ich bin den Autoritäten beider Länder für ihre Gastfreundschaft dankbar. In İznik in der Türkei hatte ich Gelegenheit, gemeinsam mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel und Vertretern anderer christlicher Konfessionen den 1700. Jahrestag des Konzils von Nizäa, des ersten Ökumenischen Konzils, zu begehen. Es ist eine wichtige Gelegenheit gewesen, um das Engagement auf dem Weg zur vollen sichtbaren Einheit aller Christen zu erneuern. Im Libanon bin ich einem Volk begegnet, das trotz der Schwierigkeiten voller Glauben und Begeisterung ist, und ich habe die Hoffnung der jungen Menschen gespürt, die danach streben, eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft aufzubauen, indem sie die Verflechtung der Kulturen und Religionen stärken, die das Land der Zedern weltweit einzigartig macht.

Liebe Botschafterinnen und Botschafter,

unter dem Eindruck der tragischen Ereignisse der Plünderung Roms im Jahr 410 n. Chr. verfasste der heilige Augustinus eines der bedeutendsten Werke seines theologischen, philosophischen und literarischen Schaffens: *De Civitate Dei, Vom Gottesstaat*. Wie [Papst Benedikt XVI.](#) bemerkte, handelt es sich um »ein eindrucksvolles und für die Entwicklung des abendländischen politischen Denkens und für die christliche Geschichtstheologie entscheidendes Werk«, [1] das von einer „Narration“ – wie wir heute sagen würden – inspiriert ist, die sich verbreitete: »Viele noch lebende Heiden, aber auch viele Christen hatten gesagt: Rom ist gefallen, jetzt können der christliche Gott und die Apostel die Stadt nicht schützen. Während der Gegenwart der heidnischen Gottheiten war Rom *caput mundi*, die große Hauptstadt, und niemand hätte gedacht, dass sie jemals in die Hände der Feinde fallen würde. Jetzt, mit dem christlichen Gott, schien diese große Stadt nicht mehr sicher«. [2]

Gewiss sind unsere Zeiten von jenen Ereignissen weit entfernt. Es handelt sich nicht bloß um einen zeitlichen Abstand, sondern auch um eine andere kulturelle Sensibilität und eine Weiterentwicklung des Denkens. Dennoch darf der Umstand nicht außer Acht gelassen werden, dass gerade unsere kulturelle Sensibilität aus diesem Werk geschöpft hat, das – wie sämtliche Klassiker – die Menschen aller Zeiten anspricht.

Augustinus interpretiert die Ereignisse und die geschichtliche Wirklichkeit nach dem Modell der zwei Städte: der Stadt Gottes, die ewig ist und sich durch die bedingungslose Liebe zu Gott (*amor Dei*) auszeichnet, mit der die Nächstenliebe, insbesondere gegenüber den Armen, verbunden ist; und der irdischen Stadt, die ein vorübergehender Aufenthaltsort ist, an dem die Menschen bis zu ihrem Tod leben. In unseren Tagen umfasst sie alle gesellschaftlichen und politischen Institutionen, von der Familie über den Nationalstaat bis hin zu internationalen Organisationen. Für Augustinus wurde diese Stadt durch das Römische Reich verkörpert. Die irdische Stadt ist auf selbstsüchtige Liebe (*amor sui*), auf das Streben nach weltlicher Macht und Ruhm ausgerichtet, die ins Verderben führen. Es handelt sich jedoch weder um eine Lesart der Geschichte, die das Jenseits dem Diesseits, die Kirche dem Staat entgegenstellt, noch um eine Dialektik hinsichtlich der Rolle der Religion in der Gesellschaft.

Aus augustinischer Perspektive koexistieren die beiden Städte bis zum Ende der Zeiten und besitzen sowohl eine äußere als auch eine innere Dimension, da sie nicht nur an den äußeren Haltungen gemessen werden, mit denen sie in der Geschichte errichtet werden, sondern auch an der inneren Haltung eines jeden Menschen angesichts der Lebensereignisse und der geschichtlichen Begebenheiten. In einer solchen Perspektive ist jeder von uns ein Protagonist und somit für die Geschichte verantwortlich. Augustinus betont insbesondere, dass die Christen von Gott dazu berufen sind, in der irdischen Stadt zu leben, wobei ihr Herz und ihr Geist auf die himmlische Stadt, ihre wahre Heimat, ausgerichtet sind. Da der Christ aber in der irdischen Stadt lebt, steht er der Politik nicht fremd gegenüber und versucht, die christliche Ethik, die von der Heiligen Schrift inspiriert ist, auf die weltliche Regierung anzuwenden.

De Civitate Dei enthält kein politisches Programm, bietet aber wertvolle Überlegungen zu grundlegenden Fragen des gesellschaftlichen und politischen Lebens, wie beispielsweise die Suche nach einem gerechteren und friedlicheren Zusammenleben der Völker. Augustinus warnt auch vor den schwerwiegenden Gefahren für das politische Leben, die sich aus falschen Darstellungen der Geschichte, übertriebenem Nationalismus und der Verzerrung des Ideals eines Staatsmanns ergeben.

Auch wenn sich das Umfeld, in dem wir heute leben, von jenem des 5. Jahrhunderts unterscheidet, bleiben einige Analogien sehr aktuell. Wie damals befinden wir uns in einer Zeit tiefgreifender Migrationsbewegungen; wie damals befinden wir uns in einer Zeit tiefgehender Änderungen des geopolitischen Gleichgewichts und der kulturellen Paradigmen; wie damals befinden wir uns, gemäß dem bekannten Ausdruck von Papst Franziskus nicht in einer Epoche des Wandels, sondern in einem Epochewandel. [3]

In unserer Zeit gibt insbesondere die Schwäche des Multilateralismus auf internationaler Ebene Anlass zur Sorge. Eine Diplomatie, die den Dialog fördert und den Konsens aller sucht, wird durch eine Diplomatie der Stärke, durch einzelne Staaten oder Gruppen von Verbündeten ersetzt. **Krieg ist wieder in Mode gekommen, und eine kriegerische Stimmung breitet sich aus. Das nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegte Prinzip, das es Ländern verbot, Gewalt anzuwenden, um die Grenzen anderer zu verletzen, ist gebrochen worden. Der Friede wird nicht mehr als Geschenk und als an sich erstrebenswertes Gut gesucht, »mit dem Ziel einer von Gott gewollten Ordnung, die eine vollkommenere Gerechtigkeit unter den Menschen herbeiführt« [4], sondern mit Waffen als Voraussetzung für die Durchsetzung der eigenen Herrschaft.** Dies stellt eine schwerwiegende Beeinflussung der Rechtsstaatlichkeit dar, die die Grundlage für jedes friedliche gesellschaftliche Zusammenleben bildet.

Andererseits bemerkt der heilige Augustinus: »[E]benso wenig gibt es jemand, der nicht das Verlangen hätte, den Frieden zu besitzen. Will doch selbst eine Kriegspartei nichts anderes als siegen; zu einem ruhmreichen Frieden also will sie durch den Krieg gelangen. Denn was ist der Sieg anderes als die Unterwerfung der Widersacher? Ist dieses Ziel erreicht, so tritt Friede ein. [...] Auch wer im Frieden lebt und dessen Beseitigung wünscht, ist nicht ein Gegner des Friedens, sondern möchte nur einen anderen, seinem Wunsch entsprechenden Frieden. Er will also nicht, dass kein Friede sei, sondern, dass ein Friede sei, wie er ihn wünscht.« [5]

Eben diese Haltung führte die Menschheit in das Drama des Zweiten Weltkriegs, aus dessen Asche dann die Vereinten Nationen hervorgingen, deren 80-jähriges Bestehen kürzlich gefeiert wurde. Sie wurden durch die Entschlossenheit von 51 Nationen als Dreh- und Angelpunkt der multilateralen Zusammenarbeit ins Leben gerufen, um künftige globale Katastrophen zu verhindern, den Frieden zu sichern, die grundlegenden Menschenrechte zu verteidigen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Ich möchte insbesondere auf die Bedeutung des humanitären Völkerrechts hinweisen, dessen Einhaltung nicht von militärischen und strategischen Umständen und Interessen abhängig sein darf. Das humanitäre Völkerrecht garantiert nicht bloß ein Mindestmaß an Menschlichkeit inmitten der Plagen des Krieges, sondern ist auch eine Verpflichtung, die die Staaten eingegangen sind. Es muss stets Vorrang vor den Ambitionen der Kriegführenden haben, um die verheerenden Auswirkungen des Krieges zu mildern, auch unter dem Gesichtspunkt des Wiederaufbaus. Es darf nicht verschwiegen werden, dass die Zerstörung von Krankenhäusern, Energieinfrastruktur, Wohnhäusern und Orten, die für das tägliche Leben unerlässlich sind, einen schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt. Der Heilige Stuhl bekräftigt nachdrücklich seine Verurteilung jeder Form von Einbeziehung der Zivilbevölkerung in militärische Operationen und wünscht, dass die internationale Gemeinschaft sich daran erinnert, dass der Schutz des Grundsatzes der Unverletzlichkeit der Menschenwürde und der Heiligkeit des Lebens stets mehr zählt als jedes bloß nationale Interesse.

In diesem Sinne haben die Vereinten Nationen Konflikte geschlichtet, die Entwicklung gefördert und Staaten beim Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterstützt. In einer Welt, die von komplexen Herausforderungen wie geopolitischen Spannungen, Ungleichheiten und Klimakrisen geprägt ist, sollte die Organisation eine zentrale Rolle bei der Förderung des Dialogs und der humanitären Hilfe spielen und so zum Aufbau einer gerechteren Zukunft beitragen. Es sind daher Anstrengungen erforderlich, damit die Vereinten Nationen nicht bloß die Situation der heutigen Welt widerspiegeln statt jener der Nachkriegszeit, sondern dass sie auch zielgerichteter und effizienter werden, indem sie keine Ideologien, sondern politische Maßnahmen verfolgen, die auf die Einheit der Völkerfamilie ausgerichtet sind.

Das Ziel des Multilateralismus ist es daher, einen Ort zu bieten, damit Menschen zusammenkommen und miteinander sprechen können, nach dem Vorbild des antiken römischen Forums oder des mittelalterlichen Marktplatzes. Um jedoch miteinander in Dialog zu treten, muss man sich über die Worte und die Konzepte, die sie repräsentieren, verstündigen. Die Bedeutung der Worte wiederzuentdecken, ist möglicherweise eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Wenn Wörter ihren Bezug zur Wirklichkeit verlieren und die Wirklichkeit selbst subjektiv und letztlich nicht mitteilbar wird, werden wir wie die beiden Menschen, von denen der heilige Augustinus spricht, die gezwungen sind, zusammenzubleiben, ohne dass einer von ihnen die Sprache des anderen versteht. Er bemerkt: »[S]o werden leichter stumme Tiere, selbst von verschiedener Art, miteinander gesellig als sie, die doch beide Menschen sind. Die Verschiedenheit der Sprache genügt, ihnen den Austausch der Gedanken unmöglich zu machen, und da hilft ihnen alle Ähnlichkeit der Natur zur geselligen Annäherung nichts, so dass der Mensch die Gesellschaft seines Hundes der eines Menschen aus der Fremde vorzieht.« [6]

In unseren Tagen wird die Bedeutung von Wörtern immer fluider und die Konzepte, die sie repräsentieren, immer mehrdeutiger. Die Sprache ist nicht mehr das bevorzugte Mittel der Menschen, um sich kennenzulernen und sich zu begegnen, sondern wird in den Windungen der semantischen Mehrdeutigkeit immer mehr zu einer Waffe, mit der man Gegner täuschen oder aber treffen und beleidigen kann. Wir müssen dafür sorgen, dass Worte wieder unzweideutig klare und deutliche Wirklichkeiten ausdrücken. Nur so kann ein authentischer Dialog ohne Missverständnisse wiederaufgenommen werden. Dies muss in unseren Häusern und auf unseren Plätzen, in der Politik, in den Medien und in den sozialen Netzwerken sowie im Kontext der internationalen Beziehungen und des Multilateralismus geschehen, damit dieser wieder die erforderliche Kraft erlangt, um seine Rolle als Vermittler und Schlichter zu erfüllen, die zur Konfliktverhütung notwendig ist, und niemand versucht ist, andere mit Gewalt zu unterdrücken, sei sie verbal, physisch oder militärisch.

Es muss auch angemerkt werden, dass das Paradox dieser Entkräftigung des Wortes oft im Namen der Meinungsfreiheit selbst befördert wird. Bei genauerer Betrachtung gilt jedoch das Gegenteil: Die Rede- und Meinungsfreiheit wird gerade durch die Gewissheit der Sprache und die Tatsache garantiert, dass jeder Begriff in der Wahrheit wurzelt. Es ist daher bedauerlich festzustellen, dass insbesondere im Westen der Raum für echte Meinungsfreiheit immer mehr eingeschränkt wird, während sich eine neue Sprache mit orwellschem Beigeschmack entwickelt, die in ihrem Bestreben, immer inklusiver zu sein, darin mündet, diejenigen auszuschließen, die sich nicht den Ideologien anpassen, von denen sie beseelt ist.

Aus dieser Fehlentwicklung ergeben sich leider weitere, die dazu führen, dass die Grundrechte des Menschen beschnitten werden, angefangen bei der Gewissensfreiheit. In diesem Zusammenhang ermöglicht es die Verweigerung aus Gewissensgründen dem Einzelnen, gesetzliche oder berufliche

Verpflichtungen abzulehnen, die im Widerspruch zu moralischen, ethischen oder religiösen Grundsätzen stehen, die tief in seinen persönlichen Überzeugungen verwurzelt sind: sei es die Verweigerung des Militärdienstes im Namen der Gewaltfreiheit oder die Ablehnung von Praktiken wie Abtreibung oder Euthanasie durch Ärzte und medizinisches Personal. Die Verweigerung aus Gewissensgründen ist keine Rebellion, sondern ein Akt der Treue zu sich selbst. In diesem besonderen geschichtlichen Augenblick scheint die Gewissensfreiheit zunehmend seitens der Staaten in Frage gestellt zu werden, auch von jenen, die sich auf Demokratie und Menschenrechte zu gründen bekunden. Die Gewissensfreiheit schafft hingegen ein Gleichgewicht zwischen dem gemeinschaftlichen Interesse und der individuellen Würde und verdeutlicht, dass eine wirklich freie Gesellschaft keine Einheitlichkeit auferlegt, sondern die Vielfalt der Gewissen schützt, autoritären Auswüchsen vorbeugt und einen ethischen Dialog fördert, der das soziale Gefüge bereichert.

Ebenso besteht die Gefahr, dass die Religionsfreiheit eingeschränkt wird, die – wie es [Benedikt XVI.](#) in Erinnerung brachte – das erste aller Menschenrechte ist, da sie die grundlegendste Wirklichkeit des Menschen zum Ausdruck bringt. [7] Die neuesten Daten zeigen, dass Verstöße gegen die Religionsfreiheit zunehmen und dass 64 % der Weltbevölkerung schwerwiegende Verletzungen dieses Rechts erleiden.

Wenn der Heilige Stuhl die uneingeschränkte Achtung der Religions- und Kultfreiheit für Christen fordert, dann tut er dies auch für alle anderen Religionsgemeinschaften. Anlässlich des 60. Jahrestages der Verkündung der Erklärung [*Nostra aetate*](#), einer der Früchte des [Zweiten Vatikanischen Konzils](#), das am 8. Dezember 1965 endete, hatte ich Gelegenheit, die kategorische Ablehnung jeglicher Form von Antisemitismus zu bekräftigen, der leider weiterhin Hass und Tod sät, sowie die Bedeutung der Pflege des jüdisch-christlichen Dialogs zu betonen, indem die gemeinsamen biblischen Wurzeln vertieft werden.

Bei demselben Gedenkanlass bot mir das Treffen mit den Vertretern anderer Religionen Gelegenheit, meine Wertschätzung für die Fortschritte zu bekräftigen, die in den letzten Jahrzehnten auf dem Weg des interreligiösen Dialogs erzielt wurden, denn in jeder aufrichtigen religiösen Suche spiegelt sich »ein [...] Widerschein des einen göttlichen Geheimnisses [...], das die ganze Schöpfung umfängt«. [8] In diesem Sinne fordere ich die Staatengemeinschaft auf, allen ihren Bürgern volle Religions- und Kultfreiheit zu garantieren.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Verfolgung von Christen nach wie vor eine der größten menschenrechtlichen Krisen unserer Zeit ist, von der weltweit über 380 Millionen Gläubige betroffen sind, die aufgrund ihres Glaubens in erheblichem oder extremem Maße Diskriminierung, Gewalt und Unterdrückung ausgesetzt sind. Dieses Phänomen betrifft etwa jeden siebten Christen weltweit und hat sich 2025 aufgrund der anhaltenden Konflikte, der autoritären Regime und des religiösen Extremismus verschärft. All diese Daten zeigen leider, dass Religionsfreiheit in vielen Zusammenhängen eher als „Privileg“ oder Zugeständnis denn als grundlegendes Menschenrecht angesehen wird.

An dieser Stelle möchte ich besonders an die zahlreichen Opfer der auch religiös motivierten Gewalt in Bangladesch, in der Sahelzone und in Nigeria denken, ebenso wie an die Opfer des schweren Terroranschlags vom vergangenen Juni auf die Pfarrei St. Elias in Damaskus, ohne dabei die Opfer der dschihadistischen Gewalt in Cabo Delgado in Mosambik zu vergessen.

Es darf aber ebenso nicht eine subtile Form der religiösen Diskriminierung gegenüber Christen vergessen werden, die sich auch in Ländern ausbreitet, in denen sie zahlenmäßig in der Mehrheit

sind, wie in Europa oder Nord- und Südamerika, wo ihnen manchmal aus politischen oder ideologischen Gründen die Möglichkeit beschnitten wird, die Wahrheit des Evangeliums zu verkünden, insbesondere wenn sie sich für die Würde der Schwächsten, der Ungeborenen oder der Flüchtlinge und Migranten einsetzen oder die Familie fördern.

Der Heilige Stuhl vertritt im Rahmen seiner internationalen Beziehungen und Aktivitäten beständig die Position, dass die Würde jedes Menschen unveräußerlich ist. Daher darf beispielsweise nicht außer Acht gelassen werden, dass jeder Migrant ein Mensch ist und als solcher unveräußerliche Rechte besitzt, die in jeder Situation zu respektieren sind. Nicht alle Migranten verlassen ihr Land freiwillig, vielmehr sind viele aufgrund von Gewalt, Verfolgung, Konflikten und sogar aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels zur Flucht gezwungen, wie dies in verschiedenen Teilen Afrikas und Asiens der Fall ist. In diesem Jahr, in dem wir auch den 75. Jahrestag der Internationalen Organisation für Migration begehen, bekräftige ich die Hoffnung des Heiligen Stuhls, dass die Maßnahmen, die die Staaten gegen Illegalität und Menschenhandel ergreifen, nicht zu einem Vorwand werden, um die Würde von Migranten und Flüchtlingen zu verletzen.

Die gleichen Überlegungen gelten für Strafgefangene, die niemals auf die von ihnen begangenen Verbrechen reduziert werden dürfen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich jenen Regierungen, die positiv auf den Appell meines verehrten Vorgängers reagiert haben, im Heiligen Jahr Gnade walten zu lassen, meine aufrichtige Dankbarkeit aussprechen. Ich hoffe, dass der Geist des Heiligen Jahres die Rechtspflege dauerhaft und strukturell prägen kann, damit die Strafen in einem angemessenen Verhältnis zu den begangenen Straftaten stehen, menschenwürdige Haftbedingungen garantiert werden und vor allem die Abschaffung der Todesstrafe angestrebt wird, einer Maßnahme, die jegliche Hoffnung auf Vergebung und Erneuerung zunichtemacht. [9] Darüber hinaus dürfen wir das Leiden so vieler politischer Gefangener in vielen Staaten nicht vergessen.

Außerdem ist der Mensch aus christlicher Sicht nach dem Bild und Gleichnis Gottes geschaffen: Den Menschen, »den er *aus Liebe* ins Dasein gerufen hat, berief er gleichzeitig *zur Liebe*«. [10] Diese Berufung kommt in besonderer und einzigartiger Weise innerhalb der Familie zum Ausdruck. In diesem Umfeld lernt man zu lieben und entwickelt die Fähigkeit, sich in den Dienst des Lebens zu stellen und so zur Entwicklung der Gesellschaft und zur Sendung der Kirche beizutragen.

Trotz ihrer zentralen Bedeutung steht die Institution der Familie heute vor zwei entscheidenden Herausforderungen. Einerseits ist im internationalen System eine besorgniserregende Tendenz zu beobachten, ihre grundlegende soziale Rolle zu vernachlässigen und zu unterschätzen, was zu ihrer fortschreitenden institutionellen Marginalisierung führt. Andererseits lässt sich die zunehmende und schmerzhafte Wirklichkeit fragiler, zerrütteter und leidender Familien nicht leugnen, die unter inneren Schwierigkeiten und besorgniserregenden Phänomenen leiden, einschließlich häuslicher Gewalt.

Die Berufung zur Liebe und zum Leben, die sich in herausragender Weise in der ausschließlichen und unauflöslichen Verbindung zwischen Frau und Mann zeigt, erfordert eine grundlegende ethische Verpflichtung: Familien in die Lage zu versetzen, werdendes Leben anzunehmen und sich umfassend um es zu kümmern. Dies ist mehr denn je eine Priorität, insbesondere in jenen Ländern, die einen dramatischen Rückgang der Geburtenrate erleben. Das Leben ist nämlich ein unschätzbares Geschenk, das sich im Rahmen einer verbindlichen Beziehung entwickelt, die auf gegenseitiger Hingabe und Dienst beruht.

In Anbetracht dieser tiefgründigen Anschauung vom Leben als einem Geschenk, das es zu bewahren gilt, und von der Familie als seiner verantwortlichen Hüterin, ergibt sich die kategorische Ablehnung von Praktiken, die den Ursprung des Lebens und seine Entwicklung verhindert oder instrumentalisieren. Dazu gehört die Abtreibung, die ein werdendes Leben beendet und die Annahme des Geschenks des Lebens verweigert. In diesem Sinne äußert der Heilige Stuhl tiefe Besorgnis über Projekte zur Finanzierung der grenzüberschreitenden Mobilität zwecks Zugangs zum sogenannten „Recht auf sichere Abtreibung“ und hält es für beklagenswert, dass öffentliche Mittel für die Vernichtung von Leben verwendet werden, statt in die Unterstützung von Müttern und Familien investiert zu werden. Das vorrangige Ziel muss weiterhin der Schutz eines jeden ungeborenen Kindes und die wirksame und konkrete Unterstützung einer jeden Frau sein, damit sie das Leben annehmen kann.

Ebenso gibt es das Phänomen der Leihmutterschaft, die durch die Umwandlung der Schwangerschaft in eine verhandelbare Dienstleistung sowohl die Würde des zu einem „Produkt“ reduzierten Kindes als auch der Mutter verletzt, indem sie deren Leib und den Prozess der Fortpflanzung instrumentalisiert und das ursprüngliche Beziehungsgefüge der Familie entstellt.

Derartige Erwägungen lassen sich auch auf kranke und ältere Menschen sowie auf Alleinstehende übertragen, die manchmal Schwierigkeiten haben, einen Grund zum Weiterleben zu finden. Es ist Aufgabe auch der Zivilgesellschaft und der Staaten, konkret auf Situationen der Gebrechlichkeit zu reagieren, indem sie Lösungen für menschliches Leiden anbieten, wie etwa die Palliativmedizin, und eine Politik der echten Solidarität fördern, statt falsche Formen des Mitgefühls wie die Sterbehilfe zu unterstützen.

Die gleiche Überlegung gilt für die vielen jungen Menschen, die mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, darunter Drogenabhängigkeit. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung aller, um diese Geißel der Menschheit und den Drogenhandel, der sie nährt, zu bekämpfen, um zu verhindern, dass Millionen junger Menschen auf der ganzen Welt zu Opfern des Drogenkonsums werden. Neben diesen Bemühungen dürfen angemessene Maßnahmen zur Suchtbekämpfung und größere Investitionen in die Förderung der Menschen, in Bildung und in die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht fehlen.

Angesichts solcher Herausforderungen muss nachdrücklich betont werden, dass der Schutz des Rechts auf Leben die unverzichtbare Grundlage für alle anderen Menschenrechte bildet. Eine Gesellschaft ist nur dann gesund und fortgeschritten, wenn sie die Heiligkeit des menschlichen Lebens schützt und sich aktiv für dessen Förderung einsetzt.

Die von mir dargelegten Überlegungen lassen vermuten, dass es im gegenwärtigen Kontext zu einem regelrechten „Kurzschluss“ der Menschenrechte kommt. Das Recht auf Meinungsfreiheit, auf Gewissensfreiheit, auf Religionsfreiheit und sogar auf Leben wird im Namen anderer sogenannter neuer Rechte eingeschränkt, was dazu führt, dass das System der Menschenrechte selbst an Kraft verliert und Raum für Gewalt und Unterdrückung öffnet. Dies geschieht dann, wenn jedes einzelne Recht selbstreferenziell wird und insbesondere dann, wenn es seine Verbindung mit der Wirklichkeit der Dinge, mit deren Natur und mit der Wahrheit verliert.

Sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter,

wenn der heilige Augustinus die Koexistenz der himmlischen und der irdischen Stadt bis zum Ende der Zeiten hervorhebt, so scheint unsere Zeit eher geneigt zu sein, der Stadt Gottes das „Bürgerrecht“ zu verweigern. Es scheint bloß die irdische Stadt zu geben, die ausschließlich

innerhalb ihrer Grenzen existiert. Das alleinige Streben nach immanenten Gütern untergräbt jene „Ruhe in der Ordnung“, [11] die für Augustinus das Wesen des Friedens selbst ausmacht, der sowohl für die Gesellschaft und die Nationen als auch für die menschliche Seele von Bedeutung ist und der für jedes gesellschaftliche Zusammenleben unerlässlich ist. Wenn eine transzendenten und objektive Grundlage fehlt, herrscht allein die Selbstliebe bis hin zur Gleichgültigkeit gegenüber Gott, welche die irdische Stadt regiert. [12] Augustinus jedoch bemerkt: »Der Hochmut macht sie so stumpfsinnig, diese Leute, die hienieden das höchste Gut zu besitzen und aus sich selbst glücklich zu werden sich einbilden«. [13]

Der Hochmut trübt die Wirklichkeit selbst und das Mitgefühl für den Nächsten. Es ist kein Zufall, dass jeder Konflikt seine Wurzel im Hochmut hat. Wie ich in meiner Botschaft zum Weltfriedenstag erwähnt habe, »verliert [man] dann den Wirklichkeitsbezug und überlässt sich einer partiellen und verzerrten Vorstellung von der Welt, die von Dunkelheit und Angst geprägt ist«, [14] wodurch der Weg für die Logik der Konfrontation geebnet wird, die Vorbote jedes Krieges ist.

Wir beobachten dies in zahlreichen Zusammenhängen, angefangen beim Fortdauern des Krieges in der Ukraine mit dem Leid, das der Zivilbevölkerung zugefügt wird. Angesichts einer solch dramatischen Situation bekräftigt der Heilige Stuhl nachdrücklich die Dringlichkeit eines sofortigen Waffenstillstands und eines Dialogs, der von der aufrichtigen Suche nach Wegen zum Frieden geprägt ist. Ich richte einen eindringlichen Appell an die internationale Gemeinschaft, damit das Engagement für gerechte und dauerhafte Lösungen zum Schutz der Schwächsten und zur Wiederherstellung der Hoffnung bei der betroffenen Bevölkerung nicht erlischt, und ich bekräftige die uneingeschränkte Bereitschaft des Heiligen Stuhls, jede Initiative zu unterstützen, die Frieden und Eintracht fördert.

Wir sehen dasselbe im Heiligen Land, wo die Zivilbevölkerung trotz des im Oktober verkündeten Waffenstillstands weiterhin unter einer schweren humanitären Krise leidet, die zu dem bereits erlebten Leid noch weiteres hinzufügt. Der Heilige Stuhl beobachtet mit besonderer Aufmerksamkeit jede diplomatische Initiative, die den Palästinensern im Gazastreifen eine Zukunft in dauerhaftem Frieden und Gerechtigkeit in ihrem Land garantiert, ebenso wie dem gesamten palästinensischen Volk und dem gesamten israelischen Volk. Insbesondere bleibt die Zwei-Staaten-Lösung die institutionelle Perspektive, die den legitimen Bestrebungen beider Völker entgegenkommt. Zugleich ist leider eine Zunahme der gegen die palästinensische Zivilbevölkerung im Westjordanland gerichteten Gewalt zu verzeichnen, die das Recht hat, in Frieden im eigenen Land zu leben.

Große Besorgnis erregt auch die Verschärfung der Spannungen in der Karibik und entlang der amerikanischen Pazifikküste. Ich erneuere meinen eindringlichen Appell, nach friedlichen politischen Lösungen für die gegenwärtige Situation zu suchen, wobei das Gemeinwohl der Bevölkerung im Vordergrund stehen muss und nicht die Verteidigung von Partikularinteressen.

Dies gilt insbesondere für Venezuela infolge der jüngsten Entwicklungen. In diesem Zusammenhang erneuere ich meinen Appell, den Willen des venezolanischen Volkes zu respektieren und sich für den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte aller einzusetzen sowie für den Aufbau einer Zukunft in Stabilität und Eintracht und sich dabei vom Beispiel seiner beiden Kinder inspirieren zu lassen, die ich im vergangenen Oktober heiligsprechen durfte, José Gregorio Hernández und Schwester Carmen Rendiles. So kann eine Gesellschaft aufgebaut werden, die auf

Gerechtigkeit, Wahrheit, Freiheit und Geschwisterlichkeit gründet und auf diesem Weg die schwere Krise überwunden werden, unter der das Land seit vielen Jahren leidet.

Weitere Krisen prägen das weltweite Geschehen. Ich beziehe mich vor allem auf die dramatische Situation in Haiti, die von allen Arten der Gewalt, vom Menschenhandel, über Zwangsvertreibungen bis hin zu Entführungen geprägt ist. Diesbezüglich äußere ich die Hoffnung, dass das Land mit der notwendigen und konkreten Unterstützung der internationalen Gemeinschaft so schnell wie möglich die notwendigen Schritte unternehmen kann, um die demokratische Ordnung wiederherzustellen, der Gewalt ein Ende zu setzen sowie Versöhnung und Frieden zu erreichen.

Wir dürfen auch nicht die Lage vergessen, die seit Jahrzehnten die Region der Großen Seen in Afrika betrifft, die von Gewalttaten heimgesucht wird, die etliche Opfer gefordert haben. Ich ermutige die beteiligten Parteien, eine endgültige, gerechte und dauerhafte Lösung zu finden, die einen Konflikt beendet, der schon viel zu lange andauert. Zugleich denke ich an die Situation im Sudan, der zu einem ausgedehnten Schlachtfeld geworden ist, und an die anhaltende politische Instabilität im Südsudan, dem jüngsten Staat in der Familie der Nationen, der vor fünfzehn Jahren nach einem Referendum entstanden ist.

Wir dürfen es auch nicht unterlassen, auf die zunehmenden Spannungen in Ostasien hinzuweisen und den Wunsch zu äußern, dass alle beteiligten Parteien hinsichtlich der strittigen Fragen, die zu Konflikten führen könnten, einen friedlichen und dialogorientierten Ansatz verfolgen.

Meine Gedanken gelten insbesondere der schweren humanitären und sicherheitspolitischen Krise in Myanmar, die durch das verheerende Erdbeben im März dieses Jahres noch verschärft wurde. Mit erneuter Dringlichkeit appelliere ich, mutig den Weg des Friedens und des inklusiven Dialogs zu beschreiten und allen einen gerechten und zeitnahen Zugang zu humanitärer Hilfe zu gewährleisten. Damit demokratische Prozesse authentisch sind, müssen sie mit dem politischen Willen einhergehen, das Gemeinwohl zu verfolgen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die ganzheitliche Entwicklung eines jeden zu fördern.

Auf vielen dieser Schauplätze stellen wir fest, wie auch Augustinus bemerkte, dass stets die Vorstellung im Mittelpunkt steht, dass Friede nur durch Gewalt und Abschreckung möglich ist. Der Krieg begnügt sich jedoch mit der Zerstörung, während der Friede eine kontinuierliche und geduldige Aufbauarbeit und ständige Wachsamkeit erfordert. Eine solche Anstrengung betrifft alle, angefangen bei den Staaten, die über Atomwaffenarsenale verfügen. Ich denke dabei insbesondere an die wichtige Fortsetzung, die der im Februar nächsten Jahres auslaufende New-START-Vertrag erfahren muss. Die Gefahr besteht, dass der Wettkampf wieder aufgenommen wird, um immer ausgefeilte neue Waffen zu produzieren, auch unter Einsatz von künstlicher Intelligenz. Letztgenannte ist ein Instrument, das einer angemessenen und ethischen Handhabung sowie eines rechtlichen Rahmens bedarf, die auf den Schutz der Freiheit und auf die Verantwortlichkeit des Menschen ausgerichtet sind.

Sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter,

trotz des dramatischen Bildes, das sich unseren Augen bietet, bleibt der Friede ein schwer zu erreichendes, aber dennoch mögliches Gut. Er ist, wie Augustinus sagt, unser »Endgut«, [\[15\]](#) weil er das eigentliche Ziel der Stadt Gottes ist, nach dem wir, wenn auch unbewusst, streben und dessen Vorgeschmack wir in der irdischen Stadt kosten können. Während unserer Pilgerschaft auf dieser Erde erfordert Frieden zu stiften Demut und Mut: die Demut der Wahrheit und den Mut der

Vergebung. Im christlichen Leben werden sie durch Weihnachten verkörpert, an dem die Wahrheit, das ewige Wort Gottes, zu demütigem Fleisch wird, sowie durch Ostern, an dem der Gerechte, der verurteilt wurde, seinen Verfolgern vergibt und ihnen sein Leben als Auferstandener schenkt.

Und bei näherer Betrachtung mangelt es auch in unserer Zeit nicht an Zeichen mutiger Hoffnung, die es beständig zu fördern gilt. Ich denke beispielsweise an die Dayton-Abkommen, die vor dreißig Jahren den blutigen Krieg in Bosnien und Herzegowina beendeten und trotz aller Schwierigkeiten und Spannungen die Möglichkeit für eine gedeihlichere und harmonischere Zukunft eröffneten. Ich denke auch an die gemeinsame Friedenserklärung zwischen Armenien und Aserbaidschan, die im vergangenen August unterzeichnet wurde und die hoffentlich den Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden im Südkaukasus ebnen wird, indem sie die noch offenen Probleme zur Zufriedenheit beider Seiten löst. In analoger Weise denke ich an die Bemühungen der vietnamesischen Behörden in den letzten Jahren, die Beziehungen zum Heiligen Stuhl und die Bedingungen zu verbessern, unter denen die Kirche in dem Land tätig ist. All dies sind Keime des Friedens, die es zu pflegen gilt.

Im kommenden Oktober jährt sich zum 800. Mal der Todestag des heiligen Franz von Assisi, eines Mannes des Friedens und des Dialogs, der weltweit auch von Menschen anerkannt wird, die nicht zur Katholischen Kirche gehören. Sein Leben leuchtet hell, weil es vom Mut der Wahrheit und vom Bewusstsein beseelt war, dass eine friedliche Welt von einem demütigen Herzen her errichtet wird, das sich nach der himmlischen Stadt ausstreckt. Ein demütiges und friedensstiftendes Herz, das ist es, was ich jedem von uns und allen Einwohnern unserer Länder zu Beginn dieses neuen Jahres wünsche.

Vielen Dank.

[1] Benedikt XVI., [Katechese](#) (20. Februar 2008).

[2] [Ebd.](#)

[3] Vgl. Franziskus, [Ansprache an den 5. nationalen Kongress der Kirche in Italien](#), Florenz (10. November 2015).

[4] Hl. Paul VI., Enzyklika *Populorum progressio* (26. März 1967), 76: AAS 59 (1967), 294-295.

[5] Hl. Augustinus, *Zweiundzwanzig Bücher über den Gottesstaat*, XIX, 12.1.

[6] Hl. Augustinus, *Zweiundzwanzig Bücher über den Gottesstaat*, XIX, 7.

[7] Benedikt XVI., [Ansprache beim Neujahrsempfang für die Mitglieder des beim Heiligen Stuhl akkreditierten Diplomatischen Korps](#), 9. Januar 2012.

[8] [Katechese](#) (29. Oktober 2025).

[9] Vgl. Franziskus, [Verkündigungsbulle des ordentlichen Jubiläums des Jahres 2025 „Spes non confundit“](#) (9. Mai 2024), 10: AAS 116 (2024), 654-655.

[10] Hl. Johannes Paul II., Apostolisches Schreiben [Familiaris consortio](#) (22. November 1981), 11: AAS 74 (1982), 91.

[11] Vgl. Hl. Augustinus, *Zweiundzwanzig Bücher über den Gottesstaat*, XIX, 13.

[12] [Ebd.](#), XIV, 28.

[13] *Ebd.*, XIX, 4.4.

[14] *Botschaft zum 59. Weltfriedenstag* (8. Dezember 2025).

[15] Hl. Augustinus, *Zweiundzwanzig Bücher über den Gottesstaat*, XIX, 11.